



Redetext Mattea Meyer Co-Präsidentin SP Schweiz, Nationalrätin ZH

Es gilt das gesprochene Wort / Seules les paroles prononcées font foi

Liebe Genossinnen und Genossen

In den vergangenen Monaten war der politische Alltag für mich etwas in den Hintergrund gerückt. Ich habe die Mutterschaftspause mit meinem Bébé genossen. Aber jetzt ist es schön, wieder zurück bei euch zu sein. Weil es sich gut und richtig anfühlt, Sozialdemokratin zu sein.

Ich möchte euch am Beispiel der AHV zeigen, warum. Die Rechten versuchen in diesem Jahr allen Ernstes, die AHV-Vorlage und den Rentenabbau im Namen der «Gleichstellung» zu verkaufen.

Liebe Genossinnen und Genossen. Es ist für mich und wohl auch viele Frauen in meinem Alter klar, dass wir in rund drei Jahrzehnten das gleiche Rentenalter haben werden wie die Männer. Dafür gibt es einen einfachen Grund: unsere Politik. Wir werden erfolgreich sein mit unseren Projekten für Gleichstellung – für mehr Kitaplätze, für Lohngleichheit, für eine gerechtere Verteilung der unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen.

Aber bei dieser AHV-Vorlage geht es nicht um mich, nicht um meine Generation. Es geht um unsere Mütter. Unsere Mütter, die ihr Leben lang «gekrampt» haben ohne externe Kinderbetreuung, dafür mit viel unbezahlter Arbeit, schlecht entlöhnten Teilzeitjobs, wenig beruflichen Perspektiven. Genau diese Frauen sollen einmal mehr zurückstehen müssen und in ihrem letzten Lebensabschnitt einen Rentenabbau von 1200 Franken jährlich hinnehmen.

Das ist inakzeptabel.

Jede vierte Frau hat nur die AHV. Jede neunte Frau muss direkt nach der Pensionierung Ergänzungsleistungen beziehen. Jede zweite erhält weniger als 3000 Franken Rente, inklusive Pensionskasse.

Das sind nicht Zahlen in einer Statistik. Es ist das Leben unserer Mütter, Tanten, Schwestern, Freundinnen, Nachbarinnen, es ist vielleicht auch deine Geschichte.

Als junge Frau, als Feministin, als Tochter bin ich nicht bereit, dass all diesen wunderbaren Frauen einmal mehr der Respekt verwehrt wird, für den sie ihr ganzes Leben lang gekämpft haben. Ob still oder laut, ob in ihren eigenen vier Wänden oder auf der Strasse.

Sie haben so viel Besseres verdient, als sich anhören zu müssen, ohne Frauenrentenalter 65 würde die AHV zugrunde gehen. Die Bürgerlichen tun dabei so, wie wenn es zu dieser Erhöhung des Rentenalters keine Alternative gäbe. Dabei gibt es sie: mit den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank liegt eine solidarische Finanzierungsmöglichkeit vor.

Machen wir uns nichts vor: Geht es nach den Rechten, sollen in Zukunft alle länger arbeiten müssen. Eine entsprechende Volksinitiative wurde bereits eingereicht. Rentenalter 65 / 65 ist nur das Einfallstor für ein höheres Rentenalter für alle.

Also natürlich nicht für alle. Die, die es sich leisten können, werden sich auch zukünftig früher zur Ruhe setzen. Länger arbeiten werden die, die tiefe Löhne haben und nicht vorher aufhören können. Die Pflegefachfrau. Der Kassierer. Der Maler. Die geschiedene Lehrerin.

Zusammen mit ihnen werden wir in den kommenden Monaten für ein Nein zur AHV-Vorlage sorgen.

Denn wir lassen es nicht zu, dass Frauen gegen Männer und dass die Generationen gegeneinander ausgespielt werden. Meine Generation kann ihr Leben mit Erwerbstätigkeit und Kindern nicht zuletzt dank Eltern führen, die 160 Millionen Arbeitsstunden unbezahlte Betreuungsarbeit leisten. Jedes dritte Kind unter 13 Jahren wird von Grosseltern mitbetreut. Ohne sie wäre die Wirtschaft längst zusammengebrochen.

Der einzige Konflikt, den es bei der AHV gibt, ist der zwischen denjenigen, die auf die AHV angewiesen sind, und denjenigen, die sie nicht brauchen.

Liebe Genossinnen und Genossen, die AHV ist den Rechten seit der Einführung ein Dorn im Auge, weil sich damit kein Profit machen lässt und weil sie solidarisch finanziert ist. Sie hat die Menschen vor purer Existenznot befreit. Sie hat Schluss gemacht damit, die Menschen ihrem eigenen Schicksal zu überlassen. Diese gewaltige soziale Errungenschaft werden wir gegen jeden Angriff von rechts verteidigen!

Liebe Genossinnen und Genossen, es ist ein so gutes Gefühl, Sozialdemokratin zu sein, weil wir eine Partei mit Geschichte sind. Unsere Vorkämpferinnen und Vorkämpfer haben nicht nur die AHV eingeführt: Sie haben die SBB aufgebaut, die Volksschule gegründet, Spitäler und Altersheime gebaut, das Frauenstimmrecht erkämpft. Und warum haben sie das gemacht?

Weil Existenzsicherung, Mobilität, Bildung, Gesundheit oder Gleichstellung nicht Privatsache sind. Sondern Aufgabe von uns als Gesellschaft und Rechte von uns allen.

Und so ist es auch bei der Klimakrise: Es ist nicht ein individuelles Problem, das wir mit unserem eigenen Verhalten alleine lösen können. Die Antwort darauf kann nur eine gemeinschaftliche Antwort sein.

Wir haben die Jahrhundertaufgabe vor uns, Wirtschaft und Gesellschaft so sozial und ökologisch umzubauen, dass dieser Planet auch für zukünftige Generationen lebenswert ist. Klima- und Umweltschutz sind eine öffentliche Aufgabe. Heizungen müssen ersetzt, Gebäude gedämmt, industrielle Anlagen umgerüstet, Fahrzeuge elektrifiziert, der öffentliche Verkehr ausgebaut werden.

Wir haben das grosse Glück, dass in diesem klimapolitisch entscheidenden Moment das Umweltdepartement mit Simonetta Sommaruga in sozialdemokratischen Händen ist. Die Unterschiede könnten nicht grösser sein: Da Simonetta, die mit ihren konkreten Plänen für Versorgungssicherheit unbeirrt den Weg bereitet aus dem fossilen Zeitalter hin zu einer ökologischen Zukunft. Dort die Bürgerlichen, wo die ewiggestrige Erdöl-Auto-AKW-Lobby den Ton angibt und aus kurzfristigem Gewinnstreben uns allen die Zukunft verbauen will. Wo ist der freisinnige Anspruch, als fortschrittliches, zukunftsgerichtetes, innovatives Land zu gelten? Es ist ein Trauerspiel.

Das, was wir mit unserer Klimafonds-Initiative verlangen, ist keine Zauberei. Wir wollen einen Klimafonds, aus dem öffentliche Vorhaben finanziert und Kredite für Klimaschutzprojekte an Private ermöglicht werden.

Dies mit fünf Zielen:

Erstens müssen Verkehr, Immobilien und Wirtschaft dekarbonisiert werden. Zweitens sollen erneuerbare Energien ausgebaut, Energieeffizienz gefördert und damit die Versorgungssicherheit gesteigert werden. Drittens sollen Weiterbildung und Umschulungsmöglichkeiten finanziert werden, die für die Dekarbonisierung nötig sind. Viertens sollen negative Emissionen gefördert und fünftens die Biodiversität gestärkt werden.

Die Schweiz würde mit solchen massiven Investitionen nicht alleine dastehen. Auch andere Länder haben massive Investitionen in Klimaschutz angekündigt – Joe Biden in den USA, Olaf Scholz in Deutschland, die EU mit ihrem Green New Deal.

Sagen wir es deutlich: Die Klimaziele zu erreichen, ist nicht ein «Nice-to-have». Es ist nicht eine Verhandlungsmasse in der politischen Debatte. Es geht um nichts weniger als um die Frage, wie wir ein gutes Leben für alle schaffen können und wie lebenswert der Planet ist, den wir unseren Kindern hinterlassen.

Liebe Genossinnen und Genossen, wir haben zu tun. On y va.